

# Hitziger Auftakt

**PROZESS** In der Türkei stehen Journalisten der regierungskritischen „Cumhuriyet“ vor Gericht. Außenpolitiker Arne Lietz war Beobachter und schildert die Zustände.

VON CHRISTIANE RASCH

**ISTANBUL/MZ** - Seit dem gescheiterten Militärputsch vor einem Jahr versucht der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan die unabhängige Presse mundtot zu machen. Seit Montag nun stehen 17 Mitarbeiter der regierungskritischen türkischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ in Istanbul vor Gericht. Die Anklage wirft ihnen Terrorunterstützung vor. Arne Lietz, SPD-Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt, war als Prozessbeobachter vor Ort und ist entsetzt. Gegenüber der MZ sprach er von „katastrophalen Zuständen“. Im Gerichtssaal herrsche eine aufgeheizte Stimmung. Viele Anwesende müssten stehen, die Luft sei stickig. Aufgrund des hohen Andrangs hätten es zudem einige Anwälte und Familienangehörige der Angeklagten nicht in das Gebäude geschafft. Lietz vermutet, dass bewusst ein zu kleiner Verhandlungssaal ausgewählt wurde. „Von Rechtsstaatlichkeit kann man hier nicht sprechen“, so das Fazit des Abgeordneten.

Am 15. Juli 2016 versuchten Aufständische, die Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdogan zu stürzen. In der Folge verhängte der Staatschef den Ausnahmezustand - der bis heute anhält. Seitdem gehen türkische Behörden mit Härte gegen kritische Pressevertreter vor. Zu ihnen zählen auch Journalisten und Manager von „Cumhuriyet“.

Laut Lietz ist es bei der ersten Anhörung am Montag zu einem Schlagabtausch zwischen einem angeklagten Journalisten und dem vorsitzenden Richter gekommen. Der Journalist habe sich vehement gegen die Anklagepunkte gewehrt und sie als absurd bezeichnet. Ihm und anderen Mitarbeitern von „Cumhu-



Aktivisten während eines Protestmarschs am Montag in Istanbul

FOTO: DPA



„Von Rechtsstaatlichkeit kann man nicht sprechen.“

**Arne Lietz**  
Europaabgeordneter  
FOTO: DPA

riyet“ wird die Unterstützung der Gülen-Bewegung, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der linksextremen DHKP-C vorgeworfen. Diese werden in der Türkei als Terrororganisationen eingestuft. Die Zeitung betont jedoch, sie habe stets kritisch über alle drei Organisationen geschrieben und unterhalte keinerlei Verbindungen zu ihnen.

Kritiker werfen der Regierung vor, mit dem Prozess eine der letzten unabhängigen und regimekritischen Zeitungen in der Türkei zum Schweigen bringen zu wollen. Die 1924 gegründete „Cumhuriyet“ zählt zu den ältesten Tageszeitungen der Türkei.

Begleitet wurde der Prozess in Istanbul von lautstarken Protesten auf der Straße. Bereits vor Prozessbeginn habe es eine große Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude gegeben, so Lietz. Auch international wurde der Prozessauftakt von scharfer Kritik begleitet. Reporter ohne Grenzen

nannte die Vorwürfe gegen die „Cumhuriyet“-Angeklagten „absurd“. Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa forderte ein sofortiges Ende des Verfahrens wegen Unterstützung von Terrororganisationen und die Freilassung der Inhaftierten.

Angeklagt sind insgesamt 17 „Cumhuriyet“-Mitarbeiter: Elf befinden sich in Untersuchungshaft, fünf weitere Mitarbeiter der Zeitung sind noch auf freiem Fuß. Angeklagt ist außerdem Ex-Chefredakteur Can Dündar. Er lebt im Exil in Deutschland. Dennoch wird gegen ihn - in Abwesenheit - verhandelt. Vor Gericht müssen sich unter anderem der derzeitige Chefredakteur Murat Sabuncu, „Cumhuriyet“-Herausgeber Akin Atalay und der Investigativ-Journalist Ahmet Sik verantworten. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen drohen den Angeklagten bis zu 43 Jahren Haft.

In welche Richtung sich der Prozess in Istanbul weiter entwickeln könnte, ist aus Sicht des Europaabgeordneten Arne Lietz nicht absehbar. „Hier ist mit allem zu rechnen“, sagte er und verwies auf das Notstandsgesetz. Das erlaubt dem Präsidenten, weitgehend per Dekret zu regieren.

Seit dem versuchten Militärputsch im Juli 2016 und dem daraufhin verhängten Ausnahmezustand hat sich die Situation für Journalisten in der Türkei verschärft: Fast 150 Medien wurden geschlossen, tausende Medienschaffende verloren ihren Job und mehr als hundert Journalisten wurden inhaftiert - darunter auch der deutsche Journalist Deniz Yücel. Der Prozess gegen „Cumhuriyet“-Mitarbeiter wird vor diesem Hintergrund als Symbol für die Lage der Pressefreiheit in der Türkei gesehen.